

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

2/2020

Sonderausgabe zum 8. Mai

Solidarisch ist man nicht alleine!

Digitaler Tag der Arbeit



Zum ersten Mal seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 gibt es in diesem Jahr keine Demos und Kundgebungen auf Straßen und Plätzen zum Tag der Arbeit am 1. Mai. DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann betonte in Zeiten von Corona: „Schweren Herzens müssen wir die 1. Mai Kundgebungen dieses Jahres leider absagen. Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten!“

Und trotzdem stehen die Gewerkschaften am Tag der Arbeit 2020 zusammen – und zwar digital, in den sozialen Netzwerken, mit einer Live-Sendung am 1. Mai um 11 Uhr und demonstrieren so online das Maimotto: Solidarisch ist man nicht alleine! Mit Live-Acts von Künstler*innen, mit Talks und Interviews und mit Solidaritätsbotschaften aus ganz Deutschland. Mehr Infos zu zum Live-Stream gibt es hier: <https://www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit>

Darüber hinaus wird es am 1. Mai in Berlin eine kreative Aktion des DGB Berlin mit der Gelben Hand geben, um am Tag der Arbeit ein Zeichen für Solidarität zu setzen und klare Kante gegen rechts zu zeigen.



Der 8. Mai – ein Grund zum Feiern!

Von Marc Neumann, stellvertretender Vorsitzender der Gelben Hand und Referent beim DGB-Bundesvorstand

Am 8. Mai 1945 waren zwölf Jahre Nacht vorbei. Der Tag der Befreiung, der Tag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs durch die Alliierten, ist ein Grund zum Feiern. Zugleich ist er ein Tag des Danks an die Siegermächte: an die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, die zahlreiche Tote zu beklagen hatten, die aber trotz aller Verluste an Menschenleben weiter dafür kämpften, den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland ein Ende zu bereiten, Deutschland und Europa von der Nazi-Barbarei zu befreien.

Der 8. Mai markiert den Tag, an dem unsägliches Leid beendet wurde, das die Deutschen über die Menschen im eigenen Land und über die Menschen in den von der Wehrmacht überfallenen Ländern gebracht hatten. Sechs Millionen Juden wurden in der Shoah in industriellem Maßstab ermordet, vom Kind bis zum Greis. Das Menschheitsverbrechen schlechthin hätte noch größere Leichenberge erschaffen können, hätten nicht die Briten Rommels Truppen in Afrika gestoppt und so einen zweiten Holocaust in Palästina verhindert.

75 Jahre sind seitdem vergangen – 75 Jahre, in denen (jedenfalls im Westen) die freien Gewerkschaften und ihr Bund wiederaufgebaut und gestärkt werden konnten. 75 Jahre, in denen Demokratie gelernt werden konnte, wenn auch mit vielen Defiziten. Der 8. Mai ist für uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Verpflichtung, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass immer wieder Versuche einer Umwidmung stattfinden. So war die Vergangenheitspolitik der alten Bundesrepublik in der Nachkriegszeit von Leugnung und Verdrängung geprägt; vielleicht beendete erst Willy Brandts Kniefall in Warschau diese Periode. Ab Mitte der 1980er Jahre war aber dann die Schamfrist für einige schon wieder abgelaufen – der Historikerstreit, der öffentlich inszenierte Widerspruch zur Weizsäcker-Rede zum 8. Mai, die Rede Martin Walsers in der Paulskirche, der Streit um die „Wehrmachtausstellung“ sind Beispiele für Versuche einer Relativierung deutscher Schuld. Einige Intellektuelle und einige Wissenschaftler haben einen gehörigen Anteil daran, dass Unsägliches wieder sagbar geworden ist. Wenn nun AfD-Politiker meinen: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte“ (Alexander Gauland) oder das „Denkmal der Schande“ ansprechen und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Björn Höcke) fordern, sind wir gefragt, dagegen aufzustehen und diese Umdeutungen nicht zuzulassen.

Nach den Verbrechen der Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus sind wir alle in der Verantwortung, das Geschehene nicht zu ver-



US-Soldaten und Zivilist*innen feiern das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (Quelle: DGB/ public domain)

drängen, zu vergessen, zu relativieren. Ganz konkret würde ich mir etwa wünschen, dem wiederaufkeimenden Antisemitismus mit aller Macht entgegenzutreten, und zwar nicht nur dem der Neonazis, sondern jedem Antisemitismus aus allen Richtungen und mit allen Motiven. Das darf nicht nur in Sonntagsreden gefordert werden. Jüdisches Leben in der Bundesrepublik muss geschützt werden. Ich würde mir auch wünschen, dass die Deutschen mit mehr Demut und weniger Belehrung auftreten, vor allem auf der internationalen Bühne. Einer der journalistischen Tiefpunkte in diesem Jahr ist ein Beispiel dafür: Zum Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz fanden in Jerusalem Gedenkveranstaltungen statt, auch in Yad Vashem. Eine Korrespondentin des Hessischen Rundfunks nutzte den Anlass in einem Kommentar für die Tagesschau: Sie warf dem Präsidenten Russland und dem israelischen Ministerpräsidenten vor, den Gedenktag „gekapert“ und „sozusagen ihre eigene politische und erinnerungspolitische Privatparty“ gefeiert zu haben. Nun bestand die „Privatparty“ aus der Einweihung eines Denkmals für die Opfer der deutschen Belagerung Leningrads. Über eine Million Menschen starb durch dieses Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Ich habe selten Beschämenderes lesen oder hören müssen. Auch solchen Tendenzen müssen wir entgegenzutreten – es steht niemanden zu, als Beserwisser die richtige Form des Gedenkens und Erinnerns zu diktieren und damit auch noch Urheberrechte auf die deutschen Verbrechen gegen die Menschheit geltend zu machen.

Der DGB wollte in diesem Jahr am 7. Mai seinen zentralen Festakt unter dem Motto „Nie wieder! Erinnern für heute und morgen“ in Recklinghausen begehen. Verdiente Kolleginnen und Kollegen des israelischen Gewerkschaftsbunds Histadrut sollten geehrt werden. Das Corona-Virus hat diese Veranstaltung vorerst verhindert. Es ist zu hoffen, dass sie noch 2020 nachgeholt werden kann, um ein Zeichen dafür zu setzen, dass der 8. Mai ein Tag zum Feiern ist: Wir feiern das Ende nationalsozialistischer Schreckensherrschaft, das Ende des unsäglichen Leids.

„Antifaschismus ist eine Herzensangelegenheit“

Exklusives Gelbe Hand-Interview mit Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied

Weder alters- noch amtsmüde – dennoch wird Annelie Buntenbach ihr Amt als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB Anfang Mai aus Altersgründen niederlegen. Ihre Nachfolgerin ist Anja Piel. Annelie Buntenbach verlässt nach 14 Jahren die „Brücke“ des DGB. Sie hat sich immer für eine solidarische Gesellschaft engagiert und ist eine entschiedene Kämpferin gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Annelie Buntenbach stand immer an der Seite der Gelben Hand. Wir haben aus Anlass der Stabübergabe mit ihr über das Erinnern an Gestern, aber auch die heutigen Herausforderungen im Kampf gegen rechts gesprochen.

Was bedeutet der 8. Mai für dich persönlich?

Das ist der Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus, für mich ein Tag des Erinnerns, der Diskussion und Auseinandersetzung mit der Frage, die mich schon immer bewegt und mich nicht zuletzt dazu gebracht hat, Geschichte zu studieren: Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Was können und müssen wir tun, wenn es uns ernst ist mit dem Schwur „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Welche Rolle spielt der 8. Mai in der Erinnerungskultur in Deutschland?

Eine ausgesprochen wichtige Rolle – die Erinnerung, aber gerade auch die aktive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den neuen Gefahren von Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenverachtung braucht Orte und Daten. Immer wieder wird die Forderung laut, endlich einen Schlussstrich zu ziehen – das finde ich grundfalsch, da halte ich es mit Esther Bejarano. Sie musste einst im Mädchenorchester Auschwitz spielen, macht eine ganz großartige und bewundernswürdige antifaschistische Arbeit – jetzt fordert sie, den 8. Mai zum Feiertag zu machen: „Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.“

Was markiert dieser Tag speziell für die Gewerkschaften?

Am 2. Mai 1933 haben die Nazis die Gewerkschaftshäuser besetzt, unter den zahlreichen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft waren viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, viele waren im Widerstand. An sie in den unterschiedlichsten Formen zu erinnern, stärkt die antifaschistische DNA der Gewerkschaften. Und es geht darum, die Bedeutung der gewerkschaftlichen Einheit als Konsequenz aus der Nazizeit zu würdigen und sich den großen Wert von Bündnissen mit ganz unterschiedlichen und vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen zu vergegenwärtigen, um sich erfolgreich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus

aufstellen zu können. Das machen wir natürlich nicht nur am Gedenktag, aber er bietet dafür immer wieder einen guten Anlass.

Welche Herausforderungen für die Erinnerungskultur siehst du für die Gewerkschaften in den nächsten Jahren?

Es gibt leider nicht mehr viele Zeitzeugen, die das Grauen der Konzentrationslager überlebt haben und davon berichten können. Wir werden also eine Erinnerungskultur entwickeln müssen, die auch ohne das direkte Gespräch auskommt. Gerade mit der AfD in den Parlamenten, zu deren Führerpersonal ein Höcke gehört, der seine innerparteilichen Gegner „auschwitzt“ will, ist die aktive Erinnerung an den Horror des Nationalsozialismus umso wichtiger. Und die Auseinandersetzung mit den Strategien, mit denen die Nazis nach der Macht, aber auch den Herzen und Köpfen gerade der Arbeiterschaft gegriffen haben – Sozialdemagogie ist keine Erfindung des „Flügels“. Gerade wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind da gefordert: Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich über ihre blauen oder braunen Hemden auch noch ein soziales Mäntelchen streifen.

Welche Bedeutung hat für dich die Gelbe Hand?

Ich bin sehr froh, dass es den Verein gibt – und dass mit ihm die Gewerkschaften ganz klar Position beziehen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Sichtbar, mit klarer Symbolik und Haltung. Mit seinen guten Materialien, Veranstaltungen, Wettbewerben und Projekten unterstützt er die Aktiven im Kampf gegen rechts, und das schon seit vielen Jahren – ich hoffe, auch noch für viele weitere Jahre mit alten und neuen Ideen!

Wenn du auf dein langes Engagement bei den Gewerkschaften und im Dachverband zurückblickst, aber auch in zivilgesellschaftlichen Initiativen: Was haben wir erreicht im Kampf gegen die extreme Rechte?

Erreicht haben wir einen Wechsel der Perspektive in der Diskussion hin zu den Opfern und ihrer Unterstützung, z.B. über die Opferberatungsstellen und eine Stärkung der Zivilgesellschaft, z.B. über die mobilen Beratungsstellen und über zahlreiche ganz unterschiedliche Bündnisse, die die Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten stärken und ihre Vielfalt zum Tragen bringen. Aber beruhigen kann mich das keineswegs. Mit der AfD haben sich die Koordinaten in der Republik nach rechts verschoben, Unsägliches ist wieder sagbar geworden, sie ist eine wandelnde Ermutigung für Arschlöcher. Und sie ist gekommen, um zu bleiben – mit der Infrastruktur, ihrem Mitarbeiterstamm in den Parlamenten, dem Geld, das sie zur Verfügung hat. Da haben wir viel zu tun, auch um zu zeigen, das ist keine normale Partei, mit der man zusammenarbeitet, sondern hier bedarf es klarer und eindeutiger Abgrenzungen aller Demokratinnen und Demokraten. Einer

Brandmauer, wie es sie in Thüringen nicht gegeben hat. Und nicht erst Hanau hat gezeigt, wie lebendig der Rechtsterrorismus ist, wie erschreckend wenig Konsequenzen aus dem NSU gezogen worden sind, wie blind nicht nur der Verfassungsschutz gegenüber den rechtsterroristischen Netzwerken ist. Das ist brandgefährlich!

Was möchtest du den Aktiven in den Gewerkschaften noch mit auf den Weg geben? Und weißt du schon, wo du deine Kraft und Energie ab Sommer einbringen willst?

Wir haben hier als Gewerkschaften eine große Verantwortung, für uns ist Demokratie so wichtig wie die Luft zum Atmen. Wir dürfen die Namen der Opfer von rechter Gewalt und Terror nicht in Vergessenheit geraten lassen. Ich bin sehr froh und stolz, dass immer wieder Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Motor in der Arbeit und den Bündnissen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind. All denen, die sich hier schon seit Jahren mit so viel Energie engagieren, möchte ich einmal ein ganz großes Danke sagen – ich habe in den Jahren im DGB-Vorstand sehr, sehr gern mit Euch zusammengearbeitet. Das will ich gern auch nach dem Sommer fortsetzen – Antifaschismus hängt schließlich nicht am Amt, sondern ist eine Herzensangelegenheit.

Stationen im politischen Leben von Annelie Buntenbach

Geboren wurde Annelie Buntenbach am 24. Februar 1955 im nordrhein-westfälischen Solingen. In Bielefeld studierte sie Geschichte und Philosophie. Schon 1978 trat sie in die Gewerkschaft ein, denn Teilhabe und soziale Gerechtigkeit waren für sie bestimmende Merkmale des demokratischen Miteinanders. Seit 1982 engagierte sie sich auch aktiv in der Politik. Von 1994 bis 2002 war Buntenbach Bundestagsabgeordnete in der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Sie war arbeitsmarktpolitische Sprecherin, leitete die Fachkommission „Gewerkschaften“ und widmete sich dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. Ab dem Jahr 2002 war sie Abteilungsleiterin im Bundesvorstand der IG BAU, bevor sie 2006 in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt wurde. Seitdem vertrat Buntenbach dort die Bereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einschließlich der Seniorenpolitik, Recht sowie Europa-, Migrations- und Antirassismuspolitik. Sie führt die sozialen Belange von Arbeitnehmer*innen, aber auch von Minderheiten einzusetzen, ist für sie der Antrieb der politischen Arbeit. Einen roten Faden in ihrem Wirken bildet das kontinuierliche Engagement gegen Rechtsextremismus – sie war und ist eine tatkräftige Mitstreiterin des Kumpelvereins.



Annelie Buntenbach, Mitglied im DGB-Bundesvorstand.

DGB: 8. Mai als Feiertag – Zeichen des Erinnerns und Signal gegen Rassismus

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft fordern 8. Mai zum nationalen Feiertag zu erklären

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos: Es war das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und die Befreiung Deutschlands vom Schreckensregime der Nationalsozialisten. Die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano hat vorgeschlagen, den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann unterstützt den Vorschlag: „Der 8. Mai sollte gesetzlicher Feiertag werden – als ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form.“ Vertreterinnen und Vertreter von SPD, Grünen, der Linken und der FDP haben bereits Unterstützung für den Vorschlag geäußert. Auch von der CDU gab es auf Länderebene in Bremen Unterstützung für eine solche Initiative. Der DGB-Bundeskongress hatte bereits im Mai 2018 be-

schlossen, dass sich der Deutsche Gewerkschaftsbund dafür einsetzt, den 8. Mai zum bundesweiten gesetzlichen Feiertag zu machen. Ende April hatte die Online-Petition „8. Mai zum Feiertag machen!“, die Esther Bejarano und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) gestartet haben, schon knapp 50.000 Unterschriften. Darin fordert Bejarano: „Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes.“ Denn es gehe darum aus der Vergangenheit für das Heute zu lernen: „Die militä-

rische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt.“ Viele Gewerkschafter*innen haben schon unterschrieben. Hier der Link zur Petition: <https://www.change.org/p/8-mai-zum-feiertag-machen-was-75-jahre-nach-befreiung-vom-faschismus-gegan-werden-muss-tagderbefreiung-bkagvat-bundesrat>



Die Schlusstrich-Partei

Die AfD und ihr Verhältnis zur deutschen Erinnerungskultur

Ein Gedenktag zum 8. Mai? Nicht mit Stephan Brandner. Die AfD sei „gegen eine überbordende staatliche Gedenkvorgabe, die droht, zu einer Gedenktagsinflation zu führen“, ließ er wissen. Es war im Spätsommer 2015: Der Thüringer Landtag hatte über den neuen Gedenktag zu entscheiden, und Brandner, damals noch Fraktionsvize unter Björn Höcke, wusste, was von ihm erwartet wurde. „Es wird“, sagte er also zur Begründung seiner Ablehnung, „auf die Menschheitsgeschichte zurückblickend wohl kaum einen Tag im Jahreskreis geben, an dem es nichts zu gedenken gibt.“

Man muss Brandner und seiner Partei die Sorge vor einem Zuviel an Erinnerung nicht abnehmen. Tatsächlich kann es für die AfD nicht genug Gedenken geben, wenn es um tatsächlich oder angeblich lichte und große Momente deutscher Geschichte geht. „Diese zwölf Jahre“, wie ihr Ehrenvorsitzender Alexander Gauland die Nazi-Herrschaft nennt, stören aber freilich das Bild, das die Partei von Deutschlands Größe zeichnen will.

Es war Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der 1985 die Sätze sagte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Das ist zu viel für Björn Höcke. Von Weizsäcker habe „eine Rede gegen das eigene Volk“ gehalten, schimpfte er Anfang 2017 bei einem Auftritt in Dresden. Höckes Rede machte

Schlagzeilen – vor allem weil er das Berliner Holocaustmahnmal ein „Denkmal der Schande“ nannte, gegen eine „dämliche Bewältigungspolitik“ wettete, eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ sowie eine „Erinnerungskultur“ forderte, „die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt“.

Man habe „uns unsere kollektive Identität rauben“ wollen, sagte Höcke. „Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das auch fast geschafft.“ Der Jubel seines Publikums war Höcke gewiss. In der AfD kommt es auch gut an, wenn Martin Renner, einer ihrer Mitgründer und inzwischen im Bundestag, über die „Dekonstruktion unserer Gesellschaft“ klagt, die seiner Ansicht nach mit der Reeducation (engl.: Umerziehung) nach dem Zweiten Weltkrieg („ein Teil der psychologischen Kriegsführung“) ihren Anfang nahm.

Der „Flügel“-Anhänger Markus Mohr trieb diese Art des Geschichtsrevisionismus noch weiter voran. Vor zwei Jahren notierte er: „Mit dem 8. Mai endete Deutschlands Zeit als souveräne Nation. Unserem Land standen Jahre als Beutekolonie bevor.“ Der „Raub hunderttausender Patente und Erfindungen durch die Alliierten“ sei „das Fundament für die bis heute anhaltende Dominanz der USA“ geworden. Eine „nie dagewesene Umerziehung (Reeducation) des deutschen Geistes“ habe eingesetzt. Materialismus, Individualismus und multikulturelle Sozialutopien hätten gedeihen können. Deutschland und Europa bräuchten nun „dringender als je zuvor eine geistige Wende, um die Kriegshypothek der Amerikanisierung und seines pervertierten Liberalismus abzuschütteln“.



Gewerkschaftlicher Protest gegen den AfD-Bundesparteitag 2017 in Köln.

Mohrs Geschichtsrevisionismus, der sich kaum noch vom Jargon neonazistischer Gruppen unterscheiden lässt, ist in der AfD nicht mehrheitsfähig. Auch eine Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein wurde vor die Tür gesetzt, weil sie zu intensiv mit Geschichtsrevisionisten und Holocaust-Leugnern anbandelte. Mehrheitsfähig ist hingegen eine Umschreibung der Geschichte, die subtiler vonstatten geht. „Man muss uns diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten“, sagt Gauland. „Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr.“ Die Deutschen hätten „das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“. Geschichtsschreibung à la AfD leugnet die Verbrechen nicht, spielt ihre Bedeutung jedoch herunter, lässt Deutsche vorwiegend als Opfer erscheinen, träumt von einem Schlusstrich und von deutscher „Normalität“. Die AfD rüttelt damit an einem Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland, der über alle demokratischen Parteigrenzen hinweg gilt: Die einhellige und absolute Verurteilung nationalsozialistischer Schreckenstaten. Dieser Grundkonsens des Gedenkens scheint nun immer mehr zu erodieren, sich aufzuweichen, wodurch auch heute Rassismus und anti-demokratisches Denken wieder salonfähig werden. Um dem entgegenzuwirken, engagieren sich auch Gewerkschaften für eine starke, lebendige Erinnerungskultur. Denn für alle Demokrat*innen in diesem Land gilt: Nie wieder Faschismus.

von Rainer Roeser



„AfD wählen ist so 1933.“ Gesehen in Bonn.

Solidarität mit Geflüchteten – Es ist höchste Zeit zu handeln!

Offener Brief der DGB-Jugend an die Minister Seehofer, Maas und Braun



In Zeiten von Corona erlebt man in der Gesellschaft bisweilen ein hohes Maß an Solidarität. Doch es scheint, dass diese an den nationalen Grenzen endet. Die Situation im überfüllten Flüchtlingscamps auf Lesbos in Griechenland, in dem 19.000 Menschen leben, darunter 4.000 Kinder, ist katastrophal. Gerade hinsichtlich der Ausbreitung des Virus verschärft sich die Lage. Daher forderte die DGB-Jugend Anfang April in einem Offenen Brief den Innenminister Horst Seehofer, Außenminister Heiko Maas und Kanzleramtsminister Helge Braun auf, endlich zu handeln: „Unsere Gedanken sind bei denen, die unsere Solidarität in Momenten der Not am dringendsten benötigen. Das sind momentan nicht nur viele Menschen in Deutschland, sondern besonders auch all diejenigen, die sich mit ihren Familien vorübergehend in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln befinden.“ Die Situation in den Lagern sei schon vor dem Ausbruch der Pandemie menschenunwürdig gewesen, so die DGB-Jugend: „Durch die neue Gefahrenlage müssen wir nun endlich handeln. Die fehlende Infrastruktur – und damit die Unmöglichkeit, die grundlegendsten Hygienestandards einzuhalten – macht die Situation in den Lagern lebensgefährlich für die Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten die Flucht gewagt haben. (...) Menschen müssen wie Menschen behandelt werden und verdienen

unseren Schutz! Wir brauchen ein gemeinsames, europaweites und solidarisches Vorgehen zur Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten! Wir brauchen und fordern Menschlichkeit!“ Mitte April sind auf Beschluss der Bundesregierung 47 Kinder aus dem Lager Moria nach Deutschland gebracht worden. Unter dem Motto #Leave No One Behind kann man eine zivilgesellschaftliche Petition unterstützen, um Geflüchteten in Griechenland zu helfen: <https://www.change.org/p/leavenoonebehind-jetzt-die-corona-katastrophe-verhindern-auch-an-den-ausgangspunkten>

Und unter folgendem Link findet Ihr den Offenen Brief der DGB-Jugend in voller Länge sowie Infos zu einer Foto-Aktion der DGB-Jugend ebenfalls unter dem Motto #Leavenoonebehind: <https://jugend.dgb.de/meldungen/dgb-jugend/++co++943dd550-73ee-11ea-a063-525400d8729f>

Blickpunkt: Die Identitäre Bewegung

Broschüre des Monats

Die im März erschienene Broschüre der DGB-Jugend „Blickpunkt: Die Identitäre Bewegung“ setzt sich mit der Ideologie und der Handlungsweise der extrem rechten Identitären Bewegung auseinander und klärt über ihre Hintergründe und Entstehung auf. Die Publikation charakterisiert ihre Handlungsmuster, die sich vor allem an Studierende richten und eine Gefahr für die demokratischen Werte und die Diversität unserer Gesellschaft darstellen. Die Identitäre Bewegung (IB) gilt als das jüngste subkulturelle Phänomen der extremen Rechten. Mit ihrem modernen und aktionistischen Auftreten sowie einer zeitgemäßen Sprache gelingt es ihr, völkischen Nationalismus wie Rassismus stilistisch hip zu verpacken. „Für uns ist es wichtig, dass wir uns frühzeitig mit neurechten Bewegungen auseinandersetzen und unsere Grundsätze, unsere Werte verteidigen. Als DGB-Jugend stehen wir für Vielfalt, Solidarität und Gerechtigkeit! Für diese Ziele kämpfen wir! Ob im Betrieb, in der Berufsschule, an der Hochschule oder auf der Straße!“, betont Manuela Conte, DGB-Bundesjugendsekretärin, in ihrer Einführung.

Die Broschüre zum Download gibt es unter: <http://jugend.dgb.de/-/aUs>



Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Fabienne Albert**, IG BCE, Mitglied im Bezirksjugendausschuss (BJA) Münster-Bielefeld, Drensteinfurt
2. **Rodion Bakum**, ver.di, Mülheim an der Ruhr
3. **Sebastian Budde**, IG Metall, Ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig, Oberhausen
4. **Lukas Dietsch**, IG BCE, Mitglied der JAV, Penzberg
5. **Melise Eren**, IG Metall, Jugendbildungsreferentin, DGB Region Münsterland, Dortmund
6. **Anna Leona Gerhardt**, ver.di, politische Referentin beim DGB Bundesvorstand, Berlin
7. **Christian Günter**, GdP, Mitglied des Landesvorstandes/Kassierer Rheinland-Pfalz, Neuwied
8. **Eric Heilers**, IG BCE, stellv. Vorsitzender des BJA Münster-Bielefeld, Bielefeld
9. **Lukas Jaspers**, IG BCE, Mitglied der JAV, Krefeld
10. **Lea Jeworutzki**, IG BCE, Mitglied der JAV, Hannover
11. **Hanife Kara**, IG BCE, Mitglied der JAV, Bergkamen
12. **Benita Knops**, IG BCE, Mitglied im BJA Düsseldorf, Remscheid
13. **Isabell Roß**, IG BCE, Mitglied der JAV, Coesfeld
14. **Mahir Sahin**, IG BAU, Gewerkschaftssekretär, Krefeld
15. **Tom Sakschewsky**, IG BCE, Mitglied im BJA Dresden-Chemnitz, Riesa
16. **André Sander**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Northeim
17. **Julia Schneider**, IG BCE, Mitglied der JAV, Lügde
18. **Andreas Spitzer**, IG BCE, Mitglied im BJA Niederrhein, Duisburg
19. **Salih Temel**, IG BCE, Mitglied der JAV, Hamm
20. **Matthias Triffterer**, IG BCE, Wuppertal

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

DGB, Gelbe Hand

Verlag und Produktion:

digiteam
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand